

Die Wiederherstellung der Petrikirche in Riga als kirchlicher Raum in historischer Perspektive

Von Jürgen von Ungern-Sternberg

Über die Geschichte der Petrikirche/Sveta Peterabaznīca in Riga und ihre Übergabe an eine Stiftung ist im vorigen Heft der BALTISCHEN BRIEFE ausführlich berichtet worden. Diese Stiftung wird getragen von der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Lettlands und in ihrem Rahmen der deutschsprachigen lutherischen Gemeinde in Riga, welcher die Federführung obliegt.

Die Bedeutung der Petrikirche als der Stadtkirche Rigas wird daran ersichtlich, dass hier im Jahr 1522 der Sieg der Reformation in Riga durch Andreas Knopken auf den Weg gebracht worden ist. Daran erinnert eine Gedenktafel. Eine weitere gilt der ersten Predigt des Oberpastors Hermann Samson am 16. September 1621 vor dem siegreich in Riga eingezogenen König Gustav Adolf von Schweden. Von den noch erhaltenen Epitaphien seien das für Wilhelm Barclay de Tolly (1675-1735), den Ahnherrn des russischen Generalfeldmarschalls Michael Andreas Barclay de Tolly, und das für Johann Hollander (1669-1734) erwähnt. Beide, Barclay de Tolly aus Schottland zugewandert wie Hollander aus Rostock, wurden sogleich Älteste der Großen Gilde sowie Mitglieder des Rats und zeigen damit die große Assimilationsfähigkeit des Rigaer Patriziats.

Die Geschichte der deutschsprachigen Gemeinde der Petrikirche ging mit der Umsiedlung der Deutschbalten zu Ende. Eine letzte feierliche Handlung war die Ordination von fünf Vikaren durch den Bischof der deutschen lutherischen Gemeinden Lettlands, Peter Harald Poelchau, am 14. Oktober 1939. Mit der schweren Beschädigung der Kirche im Zweiten Weltkrieg endete ihre kirchliche Nutzung.

Aufgrund eines Gesetzes des lettischen Parlaments (Saeima) vom 24. März 2022 vollzog sich die Übereignung der Petrikirche an die Stiftung in einem feierlichen Gottesdienst am 21. Juni 2022 – und dies in Anwesenheit des Bundespräsidenten Deutschlands und des Staatspräsidenten Lettlands. Um sich die Be-

deutung dieses Vorgangs im vollen Umfang klarzumachen, bedarf es eines Rückblicks in frühere, spannungsgeladene Zeiten.



Knopken-Gedenktafel

Nach dem Ersten Weltkrieg fand sich die zuvor tonangebende deutsche adlige und bürgerliche Oberschicht im Jahr 1919 als Minderheit im neu entstandenen Staat Lettland wieder. Aus historischen Gründen waren die deutschsprachigen Gemeinden aber nach wie vor im Besitz von drei Hauptkirchen Rigas: Dom, Petrikirche und Jakobikirche. Nur die Johanniskirche diente seit 1582 einer lettischen Gemeinde. Im Nachhinein gesehen ist es nicht ganz unverständlich, dass dieser Zustand lettischerseits als unbefriedigend betrachtet wurde. Eine eigene Kirche kann eine hochemotional besetzte Bedeutung haben. In der Tat kam es in der Folgezeit mehrfach zu Auseinandersetzungen, die von Michael Garleff, Deutschbaltische Politik zwischen den Weltkriegen (Bonn 1969) ausgezeichnet dargestellt worden sind.

Im März 1921 wurde die Absicht der Regierung bekannt, die Jakobikirche und die nahegelegene Alexeikirche der Orthodoxen mit den dazu gehörenden Gebäuden der katholischen Kirche als Bischofssitz zu übergeben, um solchermaßen den hinzugewonnenen katholischen Landesteil Lettgallen besser zu integrieren. Dies rief den scharfen Protest der betroffenen Gemeinden hervor, wozu sich auch die lettische lutherische Friedensgemeinde gesellte, die ebenfalls in der Jakobikir-

che ihre Gottesdienste feierte. Die Auseinandersetzung zog sich im Parlament längere Zeit hin, weil viele Abgeordnete Bedenken gegenüber einer Enteignung hatten, bis am 23. April 1923 ein Gesetz beschlossen wurde, das zusätzlich dem evangelisch-lutherischen Bischof Lettlands ein Nutzungsrecht am Dom zugestand. Dagegen kam es zu einem Volksbegehren (Initiativantrag) gegen die Enteignung von Kirchen mit 143.577 Unterschriften – weit mehr als die deutsche Minderheit, Russen und Juden unterstützten den Initiativantrag ihrerseits –, das dann freilich am 2. September 1923 am notwendigen Quorum scheiterte. Die Jakobigemeinde übersiedelte in die Petrikirche, die lettische Friedensgemeinde in den Dom. Der Bischof der lettischen lutherischen Kirche, Karlis Irbe (1861-1934), lehnte es damals mit Verweis auf den Verlust der Jakobikirche ab, den Titel eines Erzbischofs anzunehmen.

War im Fall der Jakobikirche mit den Bedürfnissen der katholischen Kirche immerhin ein sachlicher Grund gegeben, so war die im Jahr 1930 ausbrechende Auseinandersetzung um den Dom von vornherein von nationalen Leidenschaften geprägt.

Wortführer war die lettische Garnisonsgemeinde, der insbesondere Offiziere des Heeres angehörten. Dieser war zwar seit 1926 das Recht auf Abhaltung von Gottesdiensten im Dom zugestanden worden, nun aber forderte sie ein Mitverwaltungsrecht. Vergebens versuchte die deutsche Domgemeinde die Friedensgemeinde durch das Zugeständnis eines Mitbesitzrechtes auf ihre Seite zu ziehen. Wiederum kam es zu einem langwierigen Kampf innerhalb der Saeima. Dabei ist es bemerkenswert, dass nicht nur ein erstes Gesetzesprojekt am 23. März 1931 klar scheiterte, sondern dass auch ein von nationalistischen Parteien initiiertes Volksbegehren für die Enteignung des Doms nach knapper Ablehnung im Parlament am 6. September 1931 das notwendige Quorum nicht erreichte. Auch innerhalb der lettischen Majorität gab es also rechtsstaatliche Bedenken.

Nachdem das Vorhaben auf dem Weg der normalen Gesetzgebung

nicht durchzubringen war, griff die Regierung im September 1931 zum Notverordnungsrecht. Der deutschsprachigen Domgemeinde sollte das Verwaltungsrecht über das gesamte zum Dom gehörende Kirchenvermögen entzogen werden. Dieses wurde auf eine neugeschaffene Kirchenverwaltung übertragen, in der je ein Vertreter des lettischen Bischofs und des Kriegsministers und je drei vom Armeekommandeur, der Friedensgemeinde und der deutschen Domgemeinde Einsitz nehmen sollten.

Durch die inzwischen neugewählte Saeima wurde dies zum Gesetz. Nicht nur die deutsche Gemeinde, solchermaßen krass in die Minorität versetzt, protestierte dagegen durch ihren Auszug. Auch Bischof Irbe trat auf einer außerordentlichen Synode am 10. November 1931 von seinem Amt zurück, weil er diesen staatlichen Eingriff in das kirchliche Leben grundsätzlich missbilligte.

Der Kampf um den Dom war eine besonders bedeutungsvolle Etappe auf dem Weg der Entfremdung zwischen Letten und Deutschbalten, die sich ab 1934 unter dem Regime Ulmanis weiterhin verschärfte.

Der Rückblick auf die Auseinandersetzungen einer früheren Zeit macht die Übergabe der Petrikirche an eine deutschsprachige Gemeinde noch bedeutungsvoller. Wo sonst in Mitteleuropa wäre ein solcher Vorgang heute überhaupt nur denkbar? Zwar hat es auch dieses Mal langwierige Diskussionen in der Saeima gegeben. Am 24. März 2022 wurde das Gesetz aber von einer klaren Mehrheit gebilligt.

Im Artikel 2 des Gesetzes (in der Übersetzung von Andris Levīns) geht es zur Begründung dieses Aktes um den kulturhistorischen Wert der St. Petrikirche zu Riga. In Absatz 1 wird dabei ihre architektonische Entwicklung umrissen. In Absatz 2 wird sie als Symbol „der Zugehörigkeit zur christlichen Tradition des Westens und zu dem dadurch formierten Kulturraum europäischer Werte“ gewürdigt. Sie sei „ein bedeutendes Zentrum humanistischer Ideen und der Reformation in der Ostseeregion gewesen.“ (Dabei ist daran zu erinnern, dass im Jahr des Reformationsjubiläums 2017, der Platz zwischen der Petrikirche und der Skarnu iela im Beisein des damaligen deutschen Bundespräsidenten

Joachim Gauck zum „Reformationsplatz“ – Reformācijas laukums – geworden ist, s. hierzu auch BB 3/4 2017)

Absatz 3 bezeichnet die Petrikirche als „ein Denkmal des deutschbaltischen Kulturerbes in Lettland“ und als „eine mahnende Erinnerung an den infolge der humanitären, durch die totalitären Regimes des 20. Jahrhunderts ausgelösten Katastrophe verlorenen Teil der Bevölkerung.“

Absatz 4 spricht nochmals von der Petrikirche als einem Erinnerungsort des westlichen (katholischen und lutherischen) Christentums und seiner prägenden Wirkung auf die Gesellschaft Lettlands und die Bewohner Rigas.



Das Hollander - Epitaph

Es bedarf keiner besonders tiefdringenden Interpretation, um zu sehen, in welchem Maß sich die Erinnerung an die Geschichte verändert hat. An die Stelle des ehemaligen Antagonismus von Letten und Deutschen ist die Anerkennung des deutschbaltischen Kulturerbes getreten und die Trauer um den Verlust dieses Bevölkerungsteils des Landes.

Diese Anerkennung in einem offiziellen Gesetzestext kann gar nicht genug gewürdigt werden. Gleichzeitig ist aber der Kontext zu beachten, der Bezug auf die christlichen Traditionen des Westens und den Kulturraum europäischer Werte nimmt. Das Wissen darum, dass die ehemalige deutsche Vorherrschaft bei allen Problemen, die mit ihr auch verbunden gewesen sind, die Orientierung Lettlands, des baltischen Raumes, nach (West-)Europa zur Folge gehabt hat, ist konstitutiv für die Neubewertung der Vergangenheit.

Der lettische Staatspräsident Egils Levits hat diese neue Sicht in seiner Rede bei dem Festgottesdienst zur Wiedereinweihung der Petrikirche Rigas unterstrichen. Auch er erinnert

zunächst an die Einführung der Reformation in Riga, die eben in diesem Jahr 2022 ihr 500-jähriges Jubiläum feiern konnte, und dann daran, dass in der Präambel der Verfassung Lettlands hervorgehoben werde, „dass die lettische Identität von lettischen und europäischen Werten sowie von der christlichen Tradition wesentlich beeinflusst und geprägt wurde.“ Nochmals kam er indes auf die Reformation zurück, die mit der „Aufforderung Martin Luthers, das Wort Gottes in der Volkssprache zu verkündigen, [...] einen nicht zu unterschätzenden Anstoß zur Entwicklung der lettischen Sprache, der lettischen Schulen, des lettischen Buchwesens und der lettischen Kultur“ gegeben habe. Als Beispiel nannte er das Wirken der drei Pastoren Georg Manzel, Ernst Glück und Gotthard Friedrich Stender.

„Manzel schuf die Grundlagen der alten lettischen Orthographie und gab das erste deutsch-lettische Wörterbuch heraus; Glück leistete die erste lettische Übersetzung der ganzen Bibel; der „Alte Stender“ gab weltliche Literatur und die erste Enzyklopädie auf Lettisch heraus.“

Der Staatspräsident endete mit einem Appell: „Das verabschiedete Gesetz ermöglicht nun, mit der Sanierung dieses historisch wichtigen Gotteshauses zu beginnen und es zur kulturellen Hochburg zu gestalten. Hier haben wir noch vieles zu leisten. Ich bin aber fest davon überzeugt, dass wir alle es zusammen meistern können.“

Es wäre gut, wenn dieser Appell auch in deutschbaltischen Kreisen seine Wirkung zeigen würde. Vielleicht durch den Besuch eines Gottesdienstes in der neugewonnenen Petrikirche oder auch durch Spenden für die seit langem schon geplante Rekonstruktion der Barockorgel oder auf andere Weise.

Zu tun gibt es viel, damit das sehr anspruchsvolle Experiment einer Wiederbelebung der deutschsprachigen Tradition der Petrikirche zu einem nachhaltigen Erfolg wird. Die kleine Gemeinde in Riga, die etwa gleichzeitig mit dem freien Lettland in treuer und ausdauernder Arbeit wiedererstandener ist und die nun diesen historischen Moment erleben darf, hat jede Unterstützung reichlich verdient.